

Der Mindestlohn, eine überholte Idee



RICHARD EBELING * • April 2014

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bereitet derzeit die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde vor. Nach aktueller Planung soll er für alle Branchen und in allen Regionen gleichermassen Gültigkeit haben. Die Gewerkschaften und Sozialdemokraten der Schweiz wollen dem nicht nachstehen – auch sie planen einen Mindestlohn, allerdings in der stattlichen Höhe von 4.000 Franken pro Monat, etwa 22 Franken pro Stunde.

Folgt man den Argumenten der Linken, so handelt es sich bei den Arbeitgebern um hartherzige Ausbeuter, wild entschlossen, dem Arbeitnehmer jenen realen Geldwert vorzuenthalten, der diesem aufgrund der verrichteten Arbeit eigentlich zustehen würde. Nötig sei darum ein Gesetz, das einen „fairen“ oder „gerechten“ Lohn erzwingt. So findet sich auf einmal ein Gedanke zurück auf der politischen Agenda, der längst auf der Müllhalde der Geschichte entsorgt zu sein schien. Der Vater dieses Gedankens: Karl Marx.

Die Arbeitswerttheorie nach Marx

Marx war es, der die Idee der „Lohnsklaverei“ entwickelte, zu der die Arbeiter vermeintlich durch die Unternehmer gezwungen würden. Diese Vorstellung wurde bald zum Schlachtruf der kommunistischen Revolution, die Zerstörung und Terror über weite Teile der Welt brachte.

Marx behauptete, dass der „wahre Wert“ für alle produzierten Güter durch die jeweils dafür verwendete Arbeitsmenge bestimmt ist. Wenn vier Arbeitsstunden benötigt werden, um ein Paar Schuhe zu produzieren, und wiederum zwei Stunden Arbeit, um einen Kuchen zu backen, dann sollte das gerechte Verhältnis zwischen diesen beiden Gütern durch ein Paar Schuhe für zwei Kuchen gegeben sein, also eins zu zwei. Dementsprechend sollten die Mengen zweier Güter immer im Verhältnis der für sie benötigten Produktionszeiten getauscht werden.

Hinzu kommt: Wenn ein Arbeiter während eines zwölfstündigen Arbeitstages drei Paar Schuhe zu produzieren imstande sei, so habe er das Recht, diese drei Paar Schuhe als seinen rechtmässigen Besitz zu betrachten. Dieser könne dann wieder mit den Produkten anderer Arbeiter getauscht werden.

* Der Autor ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Northwood und Mitglied des Akademischen Beirats des Liberalen Instituts.

Marx folgerte, der Unternehmer würde seinem Angestellten nicht jenen Lohn bezahlen, der dem Wert der in der Produktion benötigten Arbeitsmenge entspreche. Dies sei möglich, so Marx, weil der Unternehmer die Fabrik und die Maschinen besitzt, mit denen der Arbeiter beispielsweise die Schuhe produzieren muss. Ohne den Zugang zu diesen Kapitalgütern wäre für den Arbeiter keine Produktion möglich. Ihm wäre das Schicksal des Hungertodes somit garantiert. Aus dieser Abhängigkeit heraus ergibt sich die Tatsache, dass der Arbeitgeber einen Teil des vom Arbeiter produzierten Wertes beanspruchen kann.

Zahlt der Arbeitgeber also dem Arbeitnehmer einen Lohn im Wert von nur zwei Paar Schuhen, so stehle er diesem praktisch ein Paar Schuhe. Dieses dritte Paar Schuhe, welches der Unternehmer für sich behält, stellt einen Profit auf Kosten des Arbeiters dar. Oder in anderen Worten ausgedrückt: der Nettogewinn gegenüber den Anstellungskosten für den Arbeiter. Es handelt sich dabei um ein Kapitaleinkommen, das weder von Arbeit noch Produktion herrührt, sondern allein durch den Besitz des Unternehmers an Kapitalgütern zustande kommt. Die eigentliche Arbeit leistet jedoch der Angestellte.

Der Unternehmer, so die Marx'sche Analyse, leistet somit nichts. Er lebt von der Arbeit anderer, während er in seinem Büro sitzt, seine Füße gemütlich auf seinem Schreibtisch platziert, und dabei eine Zigarre raucht. Basierend auf diesem Verständnis von Arbeit, Lohn und Profit lässt sich die sozialdemokratische These verstehen, nicht der Unternehmer, sondern die Arbeiter und Angestellten hätten die Unternehmen aufgebaut.

Der subjektive Wert der Güter

Karl Marx verstarb im Jahre 1883 im Alter von 64 Jahren. Ein Jahrzehnt vor seinem Tod, in den frühen 1870ern, wurde seine so genannte „Arbeitswerttheorie“ von etlichen Ökonomen widerlegt. Der wichtigste Entlarver der marxistischen Irrtümer war der österreichische Ökonom Carl Menger (1840-1921) mit seinem 1871 erschienenen Buch „Grundsätze der Volkswirtschaft“.

Menger erklärte, dass der Wert einer Sache nicht der dafür verwendeten Arbeitsleistung entspringt. Ein Mensch mag mehrere Hundert Stunden damit beschäftigt sein, Sandkuchen am Strand zu formen, doch wenn diese Sandkuchen für niemanden einen Nutzen darstellen, weil für sie keine nützliche Verwendung gefunden werden kann, dann ist keiner bereit, für sie zu bezahlen. Das macht die Sandkuchen letztlich nutz- und wertlos.

Der Wert liegt also, genau wie im bekannten Sprichwort die Schönheit, im Auge des Betrachters. Er basiert auf einem persönlichen oder „subjektiven“ Urteil hinsichtlich der Bedeutung, die einem Gut in Anbetracht der verfolgten Ziele beigemessen wird.

Der Wert eines Gutes kann nicht anhand der für dessen Produktion benötigten Arbeit bemessen werden. Vielmehr hat eine gewisse Fertigkeit oder

Fähigkeit einen Wert, da diese Attribute als nützlich und produktive Mittel betrachtet werden, um ein Ziel zu erreichen.

Hinzu kommt, dass der Wert einer Sache mit dessen zunehmendem Angebot abnimmt. Mag die erste verfügbare Einheit einer Sache noch ein dringliches Bedürfnis befriedigen, so sinkt mit jeder zusätzlichen Einheit die Dringlichkeit des Bedürfnisses – die zusätzliche Einheit der Sache ist also dem Menschen immer weniger wert.

Mit jedem weiteren T-Shirt, welches ich meinem Kleiderschrank hinzufüge, nimmt der Wert des einzelnen, zusätzlich vorhandenen T-Shirts – relativ zu meinem Bedürfnis, mich kleiden zu können – ab. Ökonomen nennen diesen Umstand „das Gesetz der abnehmenden Grenznutzen“.

Demnach ist es nicht nur so, dass der Wert einer Sache nicht durch die für seine Erzeugung benötigte Arbeit bestimmt wird. Die Arbeit selbst hat keinen „objektiven“ Minimalwert. Ein Arbeitgeber stellt Arbeitnehmer ein, weil diese für ihn einen Wert schaffen. Die Arbeitnehmer helfen dem Arbeitgeber dabei, Waren zu produzieren, welche auf dem Markt an potenzielle Konsumenten verkauft werden können. Der Unternehmer stellt Arbeiter eines gewissen Typs mit bestimmten Fertigkeiten ein, weil er deren Unterstützung benötigt. Jeder weitere eingestellte Arbeiter der gleichen Qualifikation ist jedoch von weniger dringlicher Bedeutung. Auch Arbeit hat also einen abnehmenden Grenznutzen.

Die Folge davon ist, dass kein Arbeitgeber mehr für einen Arbeiter bezahlen will oder kann, als dieser für das Unternehmen an Mehrwert schafft. Der Wert des einzelnen Arbeiters für den Arbeitgeber ist das Spiegelbild des Wertes der produzierten Ware in den Augen eines potenziellen Kunden.

Angenommen ein Unternehmer geht davon aus, dass gewisse Arbeitskräfte nicht mehr als 12 Franken die Stunde zur Herstellung eines Produktes beitragen. Verpflichtet der Staat nun die Unternehmer, jedem Arbeitnehmer einen Mindestlohn von 22 Franken zu bezahlen, wird er diese Arbeitskräfte auf die Strasse stellen müssen, da sie nun mehr Arbeitskosten erzeugen als sie an Mehrwert für das Unternehmen schaffen. Stellen, die der Unternehmer bei einem Stundenlohn von 12 Franken geschaffen hätte, werden nun nicht mehr angeboten.

Die durch das Staatsdiktat zustande gekommene Mindestlohngrenze bewirkt, dass Arbeitnehmer, deren Produktivität aus Sicht des Arbeitgebers unter dem festgesetzten Lohnsatz liegt, aus dem Markt gedrängt werden.

Das beantwortet die Frage, warum eine staatliche Lohnuntergrenze destruktive Wirkungen entfaltet. Es erklärt aber noch nicht, was denn nun eigentlich der Beitrag des Unternehmers zur Wertschöpfung eines Unternehmens ist. Marx war, wie bereits geschildert, der Ansicht, dass der Profit des Unternehmers jenen Wert der gesamten Produktionsleistung darstellt, den er für sich in Anspruch nehmen kann, weil ihm das eingesetzte Kapital gehört.

Die Bedeutung von Ersparnissen

Ein weiterer bedeutender österreichischer Ökonom, Eugen von Böhm-Bawerk (1851-1914), der auf den Lehren Carl Mengers aufbaute, entkräftete auch diese falsche marxistische These. In seinem epochalen, dreibändigen Werk „Kapital und Kapitalzins“ (1904) und in verschiedenen Aufsätzen – die wohl wichtigsten davon „Ungelöster Widerspruch im wirtschaftsmarxistischen System“ (1896) und „Kontrolle oder ökonomisches Gesetz“ (1914) – stellt sich Böhm-Bawerk folgende Fragen: Woher kommt das Unternehmen, welches die Arbeitnehmer beschäftigt? Und woher stammen die Einkünfte, aus denen die einzelnen Arbeiter ihren Lohn erhalten? Wie wurde die Fabrik errichtet? Worin liegt der Ursprung des Kapitals (der Maschinen, Werkzeuge, Ausrüstung), ohne die der Arbeiter die Waren für den Konsumenten nicht produzieren könnte?

Böhm-Bawerks Antwort lag in der Erkenntnis, dass irgendjemand durch Konsumverzicht in der Vergangenheit für die notwendigen Ersparnisse gesorgt haben muss, aus denen das Kapital des Unternehmens stammt wird. Nur unter Einsatz dieser ersparten Ressourcen kann der Wirtschaftsbetrieb errichtet und das Kapital bereitgestellt werden, ohne welches die Produktivität der Arbeiter dramatisch leiden würde.

Der Unternehmer, welcher sich ein Unternehmen zumutet, muss entweder selbst genügend Kapital erspart haben, um die Investitionsausgaben decken zu können, oder sich die erforderlichen Ersparnisse anderer ausleihen. Irgendjemand jedoch muss auf Konsummöglichkeiten, also alternative Verwendungen wertvoller Ressourcen, verzichtet haben, um Ersparnisse zu bilden. Sonst könnte kein Unternehmen realisiert werden.

Ersparnisse müssen im Unternehmen eingesetzt werden, auch wenn sich dessen Rentabilität erst in der Zukunft – mit dem Verkauf der hergestellten Güter an die Konsumenten – erweisen wird. In jedem Fall werden Ersparnisse nur deshalb bereitgestellt, also die Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse geopfert, weil in Zukunft eine Kompensation aus den Erträgen des Unternehmens erwartet wird.

Diese Kompensation ist der Zins. Der Zins ist ein Preis für einen zeitübergreifenden Tausch von Ressourcen – das heisst einen Tausch zwischen der Gegenwart und Zukunft. Es ist jener Preis, welcher ein Sparer für seinen heutigen Konsumverzicht in Zukunft einfordern kann. Der Kapitalnehmer, also der Unternehmer, schätzt hingegen den heutigen Gebrauch als wertvoller ein und ist darum bereit, zusätzlich zur Rückzahlung des Kredits in Zukunft einen Zins zu entrichten.

Der Unternehmer setzt also eigene Ersparnisse oder solche der Kapitalgeber ein, um zu einem späteren Zeitpunkt aus dem Verkauf der hergestellten Produkte einen Mehrwert zu generieren. Dies ist ein wichtiger Unterschied zu den Arbeitnehmern, die ihren Lohn nicht erst dann erhalten, wenn das Produkt erfolgreich vermarktet wurde. Mit anderen Worten: der Arbeitgeber leistet

Vorauszahlungen in Form des diskontierten Wertes des gesamten Arbeitsleistungspotenzials, während der Produktionsprozess immer noch andauert.

Die Rolle des Unternehmers

Es ist daher falsch zu behaupten, die Angestellten hätten ein Unternehmen errichtet. Ohne die Bereitschaft und Fähigkeit des Unternehmers das Unternehmen zu organisieren, zu finanzieren und zu führen, würde es nicht existieren. Den Angestellten wäre keine Möglichkeit gegeben, Geld zu verdienen, bevor ein marktgängiges Produkt erfolgreich verkauft ist.

Dieser letzte Punkt ist von eminenter Bedeutung. Der Unternehmer ist nicht nur der Organisator der Unternehmung und der Investor, der die Firma mit seinen Ersparnissen erst möglich macht, sondern auch der Risikoträger.

Die Arbeiter und all jene, die in irgendeiner Art den Unternehmer bei dessen Produktionsprozess unterstützen, erhalten ihr Arbeitsentgelt fortlaufend während dieses Produktionsprozesses. Nichtsdestotrotz ist der Unternehmer einem Risiko ausgesetzt. Denn er kann sich im Voraus nie sicher sein, ob der Verkauf seiner Produkte tatsächlich genügend Einkünfte generieren wird, um alle Ausgaben und Löhne zu begleichen. Gelingt dies nicht, muss die Differenz aus dem investierten Ersparnen gedeckt werden. Die Angestellten sind dagegen von dieser Ungewissheit befreit, denn sie erhalten bereits zuvor den vereinbarten Lohn – unabhängig von Profit oder Verlust.

Es ist somit die Aufgabe des Unternehmers, die kreativen, spekulativen Urteile darüber zu fällen, welche Produkte zu welchen Preisen hergestellt und an welche Personen vermarktet werden sollten. Über Erfolg oder Misserfolg eines jeden Unternehmers entscheidet am Ende das Geschick, besser als die Wettstreiter die Wünsche der Konsumenten antizipieren zu können.

Zusammenfassend lässt sich damit festhalten, dass Marx die Funktion des Unternehmens und die Rolle des Unternehmers und der Angestellten, den Wert von Gütern und auch jenen der Arbeit grundsätzlich falsch eingeschätzt hat.

Das Unheil einer falschen Politik

Es spielt letztlich keine Rolle, ob sich jene, die sich für einen festen, objektiven „gerechten“ Mindestlohn einsetzen dessen bewusst sind, dass sie den irrigen Annahmen eines längst verstorbenen Sozialisten des 19. Jahrhunderts folgen. Was hingegen eine Rolle spielt, ist die Tatsache, dass eine Wirtschaftspolitik basierend auf den marxistischen Fehleinschätzungen den Grundmechanismen eines freien Marktes und des Unternehmertums, der Wirtschaft und dem Wohlstand schadet – und am Ende vor allem jene Leute ins Elend stürzt, denen man zu helfen vorgibt.

Politische Strategien, die auf ökonomischen Irrlehren beruhen, untergraben fortlaufend die Eckpfeiler einer freien, prosperierenden Wirtschaft. Jene Eckpfeiler, die über die vergangenen zweihundert Jahre mehr persönliche Freiheit und breiteren Wohlstand geschaffen haben, denn je zuvor in der Menschheitsgeschichte. Hält man an diesen Strategien fest, leidet am Ende die Freiheit der Menschen, über sich selbst zu entscheiden, es leiden die Unternehmer und die Arbeitnehmer. Kurz, es leiden die Menschen unter einer solchen, falschen Politik.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2014, Liberales Institut.